



## Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim (BIFR)

Mitglied im Bündnis der Bürgerinitiativen (BBI)  
"Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot von 22 - 6 Uhr"  
und im Netzwerk "Stay Grounded"



28.07.2025

### Schwarz-rote Klimapolitik: legal, illegal - scheißegal ?

Vor einigen Tagen gab es einen wesentlichen Fortschritt im internationalen Klimarecht: Der Internationale Gerichtshof IGH (englisch: International Court of Justice, ICJ) hat ein [Rechtsgutachten \(Advisory opinion\)](#) mit dem Titel "*Gutachten zu den Pflichten von Staaten im Hinblick auf den Klimawandel*" vorgelegt.

Obwohl es für niemanden bindend ist, wird allgemein davon ausgegangen, dass es die künftige Rechtsprechung sowohl zwischen Staaten als auch innerstaatlich wesentlich beeinflussen wird.



Der IGH ist der [Gerichtshof der Vereinten Nationen](#), und anders als andere internationale Gerichte wie z.B. der [Internationale Strafgerichtshof](#) wird seine Autorität (zumindest formal und bisher noch) von allen UN-Mitgliedsstaaten grundsätzlich anerkannt, auch wenn sie sich seiner Rechtssprechung nicht unterwerfen müssen.

Für die Interpretation internationalen Rechts sind seine Aussagen allerdings grundlegend.

Da er sich bisher zu umweltrechtlichen Fragen [kaum geäußert hat](#), ist dieses Gutachten ein bedeutender Schritt, umso mehr, als die darin enthaltenen Aussagen eine eindeutige Unterstützung für den Kampf gegen die Klimakatastrophe und gegen die Fossil-Wirtschaft sind.

Ursprünglich auf eine [Initiative](#) von Student\*innen aus dem pazifischen Inselstaat Vanuatu zurückgehend, dauerte es mehrere Jahre, bis die UN-Generalversammlung den Auftrag für dieses Gutachten erteilte. Auch die Ermittlungen und [Anhörungen](#) des Gerichts waren umfangreich und nahmen Zeit in Anspruch.

Das nun vorliegende Ergebnis ist allerdings eindeutig und hat auch ein relativ breites Echo hervorgerufen. Die [Tagesschau](#) betont, dass danach eine "saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt" ein Menschenrecht ist (also jedem Menschen auf der Welt zusteht), andere stellen die [völkerrechtlichen Verpflichtungen](#), die sich daraus für die Staaten ergeben, in den Mittelpunkt.

Eine [umfassende Würdigung](#) der vielfältigen Aspekte dieser Stellungnahme wird sicher noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Klar ist aber bereits, dass alle Staaten dieser Welt verpflichtet sind, Klima und Umwelt wirksam zu schützen, und dass alle Staaten, die das Pariser Klimaabkommen ratifiziert haben, verpflichtet sind, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um das dort festgelegte 1,5° C-Ziel zu erreichen.

Die von der Klimakatastrophe besonders bedrohten Inselstaaten werden das Gutachten [zum Anlass nehmen](#), um bei der kommenden [COP30](#) in Brasilien mehr Klimagerechtigkeit und stärkere Unterstützung der reichen Industrienationen einzufordern. Aber auch für die hiesigen Auseinandersetzungen dürfte das Gutachten Wirkung entfalten.

Bereits 2021 hatte das Bundesverfassungsgericht der damaligen "Großen Koalition" deutlich gemacht, dass ihre Klimapolitik [verfassungswidrig war](#). Angesichts der eindeutigen [Aussage](#) des von der Bundes-

regierung selbst eingesetzten "Expertenrates für Klimafragen", wonach die aktuelle Klimapolitik der Bundesregierung weiterhin nicht geeignet ist, die Ziele des Pariser Übereinkommen zu erreichen, gehen aktuelle Kläger wie [Greenpeace](#) sicher zurecht davon aus, dass ihre Klagen durch dieses Gutachten wichtige Unterstützung bekommen.

Eine ganz andere Frage ist es allerdings, ob das ausreichen kann, die aktuelle Politik irgendwie zu verändern. Recht setzt sich nie von alleine um, und aktuell hat das Recht ohnehin weltweit fast überall einen schweren Stand, auch in Deutschland und Europa. Es kann helfen, Argumentationen zu entwickeln oder, wie im Fall der pazifischen Inselstaaten, Verhandlungen zu führen, aber um es durchzusetzen, braucht es Macht, und die liegt auch in der Klimapolitik überwiegend auf der Gegenseite.

Den Regierenden in Bund und Land ist klar, dass ihre Politik, insbesondere natürlich auch ihre [Luftverkehrspolitik](#), in schreiendem Widerspruch steht zu dem, was klimapolitisch notwendig wäre. Sie wissen, dass sie die Vorgaben des Bundesverfassungsgericht nicht einhalten, aber es interessiert sie nicht. Sie wissen, dass ihre Migationspolitik und ihre Unterstützung des israelischen Krieges gegen die palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza Menschenrechte und Völkerrecht verletzen, aber es kümmert sie nicht. Sie werden auch dieses neue Gutachten vielleicht mit Worten loben, aber in der Sache soweit wie möglich ignorieren.

Gerichtliche Gutachten und Urteile können den Kampf gegen die Klimakatastrophe unterstützen - entschieden wird er auf der politischen Ebene. Hier müssen die sozial-ökologischen Transformationen gegen den Widerstand der Fossil-Lobby durchgesetzt werden, die allein das Klima stabilisieren und eine lebenswerte Umwelt erhalten können. Einige zusätzliche Argumente dafür zu haben, ist nützlich - entscheidend ist, ob sie wirkungsvoll eingesetzt werden können.

Quelle: [www.bi-fluglaerm-raunheim.de](http://www.bi-fluglaerm-raunheim.de), Aktuelles

Kontakt und v.i.S.d.P.:

Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim  
Dr. Horst Bröhl-Kerner, Sprecher  
Bahnhofstr. 47, 65479 Raunheim  
Tel. +49 6142 22577  
Mail [hbk@bifr.de](mailto:hbk@bifr.de)  
Web [www.bi-fluglaerm-raunheim.de](http://www.bi-fluglaerm-raunheim.de)